

**Niederschrift der 38. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee
am Dienstag, den 13.12.2022 im Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung,
Zossener Straße 21c, 15838 Am Mellensee**

öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr bis 20:11 Uhr

Teilnehmer:

Bürgermeister
Broshog, Frank

Fraktion DIE LINKE

Janke, Tobias
Kruppa, Judith
Schulze, Doreen

ab 19:01 Uhr

Fraktion CDU

Porath, Dargo
Thiele, Andreas

Fraktion SPD

Daske, Bert
Koch, Ingo

Fraktion UWG

Boss, Theo
Borkowski, Wilfried
Kosicki, Thomas
Pehnert, Dirk
Schuster, Antje
Tscherwinka, Maik

Freie Wähler

-

AfD

-

Entschuldigt: Elsner, Dieter AfD

Unentschuldigt: Hänsel, Milan Freie Wähler

Verwaltung: Berkholz, Patrizia (Teamleiterin Haupt- und Schulamt)
Gast, Ulrike (Teamleiterin Kämmerei)
Gonschorek, Carolin (Teamleiterin Ordnungsamt)
Reetz, Thomas (Teamleiter Bauverwaltung)
Zehler, Sven (Schriftführer)

Anw. geladene Gäste:

Tagesordnung öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen
7. Einwohnerfragestunde
8. BSV 166/36/2022 - Beschluss über die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den geprüften Jahresabschluss 2014
9. BSV 177/38/2022 - 1. Änderung des Stellenplanes 2022
10. BSV 178/38/2022 - Überplanmäßige Ausgabe - Kita-Erweiterungsbau Rehagen - Innenausstattung
11. BSV 179/38/2022 - Beschluss des überplanmäßigen Aufwands / Auszahlung für die Maßnahme I19-0037 Neubau eines Mehrfunktionshauses am Strandbad Mellensee
12. Antrag auf BSV - Konkretisierung des gefassten Beschlusses 384/36/2022 bzgl. der Stelle Klimamanager*in (SPD)
13. Antrag auf BSV - Personalbedarf und Folgemaßnahmen (DIE LINKE / UWG)
14. Vorschläge der Gemeindevertretung Am Mellensee zu Prüfungsschwerpunkten für das Haushaltsjahr 2017 an das Rechnungsprüfungsamt Schlieben
15. MV 19/38/2022 - Stand des Haushaltsvollzuges zum 30.06.2022
16. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
17. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 13 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil –

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass ihm bei der Zusammenstellung der Tagesordnung ein kleiner Fehler unterlaufen sei. Damit die Themenkomplexe besser zusammenpassen, möchte er den TOP 09 in der Reihenfolge verschieben und erst vor dem TOP 12 behandeln. Es gibt keine Einwände seitens der Mitglieder der Gemeindevertretung.

Die Gemeindevertreterin Doreen Schulze betritt den Sitzungsraum um 19:01 Uhr.
Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -

Es liegen keine Einwendungen zu der Niederschrift der 36. Sitzung der Gemeindevertretung öffentlichlicher Teil vor.

Zu 5. Bericht des Bürgermeisters

- Teilnahme an einer Veranstaltung der regionalen Planungsgesellschaft: Hauptthematik war eine Gesetzesnovellierung auf Bundesebene in Bezug auf die erneuerbaren Energien:

Die Gemeindevertreterin Doreen Schulze verlässt den Sitzungssaal um 19:02 Uhr und betritt ihn wenigen Sekunden später wieder.

- für das Land Brandenburg sind folgende Landflächen als Windeignungsfläche vorzuhalten und bei einer übergeordneten Stelle (Planungsgesellschaft) entsprechend nachzuweisen:
 - bis 2027 \Rightarrow 1,8 %
 - bis 2034 \Rightarrow 2,2 %
- sollten diese Werte nicht in der vorgegebenen Frist erreicht werden, könne die zuständige Stelle selbst über die zur Verfügung stehenden Flächen entscheiden und Windeignungsflächen festlegen, Einwendungsmöglichkeiten seitens der Kommunen bzw. regionalen Planungsgesellschaften seien dann vollständig ausgeschlossen
- aktuell liege man bei 1,6 % der geforderten Fläche
- ausgenommen sei die ehemalige Militärfläche/Flugplatz im Ortsteil Kummersdorf-Gut mit einer Größe von ca. 400 ha \Rightarrow dieses Windeignungsgebiet entfalle aus der aktuellen Gesamtfläche und müsse ersetzt werden
- Ziel müsse es deshalb sein, bis zum Jahr 2027 1,8% der Landflächen für Windenergie nachzuweisen
- Beschlussfassung vom 17.11.2022 \Rightarrow Darstellung von entsprechenden Windeignungsgebieten in einem Regionalplan Wind, wird aus dem ursprünglichen Regionalplan Havelland-Fläming herausgelöst
- alle erforderlichen Gesetze wurden auch auf Bundesebene dementsprechend angepasst, dass der Vorrang der Windeignung bedient werden könne mit Ausnahme des Denkmalschutzes
- Neubesetzung des Gemeindebrandmeisters in der Gemeinde ab dem 01.01.2023:
 - Anhörung der Ortswehrführer erfolgt \Rightarrow mehrheitlich für Herrn Marius Freitel abgestimmt
 - Bestätigung/Benennung durch den Bürgermeister erfolgt
 - erneute Anhörung für die Neubesetzung der beiden Stellvertreterpositionen im Januar geplant \Rightarrow Ausschreibungsunterlagen liegen in den einzelnen Ortswehren aus.
- Auszeichnungsveranstaltung für „Treue Dienste“ (50/60 Jahre Feuerwehr) beim Landkreis TF am 22.22.2022 \Rightarrow 3 Kameraden aus der Gemeinde ausgezeichnet
- Auszeichnungsveranstaltung für Ehrenamtler beim Landkreis TF \Rightarrow Vorschläge aus dem BSK-Ausschuss zuvor an den Landkreis übermittelt \Rightarrow Auszeichnung von Frau Cindy Jäkel aus Klausdorf und Herrn Günter Welke aus Gadsdorf
- Bewerbungsgespräche in der Verwaltung am 08.12.2022 zur Neubesetzung der offenen bzw. frei gewordenen Stellen \Rightarrow alle Stellen konnten erfolgreich besetzt werden, mehrheitlich zum 01.01.2023 \Rightarrow Bestätigung durch Personalrat bereits telefonisch erfolgt
- aktueller Sachstand zur Thematik „Mobiles Arbeiten“:
 - Vorlage einer Dienstvereinbarung (Entwurf) zur Beratung/Abstimmung beim Personalrat \Rightarrow PR aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen nicht beschlussfähig, soll schnellstmöglich im Januar 2023 nachgeholt werden, da Dienstvereinbarung Voraussetzung für die Umsetzung ist
 - Mitarbeitergespräche mit den betroffenen Kollegen in Planung
- Gespräch mit dem Landkreis TF bzgl. eingegangener Ordnungsverfügung:
 - Aussetzung der sofortigen Vollziehung (per Mail im Laufe des Tages durch LK bestätigt)
 - Abarbeitung der Auflagen (Brandschutz) ohne Schließung der Schule möglich

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ergänzt folgende Punkte:

- Besuch der Partnergemeinde Borchten durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung sowie der stellvertretenden Bürgermeisterin aufgrund einer Einladung:
 - Besuch des alljährlichen Adventsmarktes
 - Kennenlernen des neuen Bürgermeisters \Rightarrow Partnerschaft soll aktiv fortgesetzt werden

- Austragung des nächsten jährlichen Volleyball-Turniers mit der Partnergemeinden Borchten und der befreundeten Gemeinde Schwarzenberg voraussichtlich am 10.06.2023 in der Gemeinde Am Mellensee
- Gespräche mit potenziellen Bewerbern für das Strandbad Mellensee am 12.12.2022:
 - positive Rückmeldungen der Bewerber zu den aktuellen Änderungen durch das LELF
 - Rückmeldung der unteren Naturschutzbehörde wird noch erwartet
 - Konzeptänderung der Bewerber folgt
 ⇒ TOP auf der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung im Januar 2023

Zu 6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen

- Bericht aus der Verwaltung zur Sitzung der Verbandsversammlung am 06.12.2022:
 - Anpassung der Kommunalabwasserrichtlinie:
Mit Schreiben vom 01.11.2022 hat der Deutsche Städtetag darüber informiert, dass die EU-Kommission ihr „Null-Schadstoff“-Paket“ als neuen Bestandteil der Kommunalabwasserrichtlinie vorgelegt hat. Erstmals wird das Prinzip der erweiterten Herstellerverantwortung verankert und damit das Verursacherprinzip umgesetzt (z.B. Arzneimittelindustrie). Des Weiteren strebt die EU an, die europäische Abwasserwirtschaft bis 2040 klimaneutral zu stellen und die Qualität des Klärschlammes im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu verbessern. Außerdem sollen bis Ende 2025 Energieaudits für alle Anlagen über 100.000 EW und bis Ende 2030 für alle Anlagen über 10.000 EW verpflichtend eingeführt werden. Weiterhin soll die Verpflichtung zur Aufbereitung von Abwasser auf Gemeinden mit 1.000 Einwohner ausgeweitet werden (bisher 2.000 EW).
 - Widerspruchsbearbeitung aufgrund BVerfG-Urteil v. 12.11.2015 (ohne Trebbin/ Waldstadt):
Per 30.11.2022 sind 7.591 Widerspruchsbescheide von 7.949 zu bearbeitenden Widersprüchen erlassen worden. Bescheide in Höhe von 20.047.333,03 Euro wurden aufgehoben und 17.089.089,94 Euro wurden ausgezahlt.
 - Trinkwasserförderung: Per 31.10.2022 wurden 2.003.557 m³ Wasser gefördert. Das entspricht 86% der geplanten Jahresmenge. Es sind somit keine Engpässe bei der Trinkwasserversorgung zu erwarten.
Schmutzwasserreinigung: Per 31.10.2022 sind 1.387.763 m³ Abwasser angefallen und gereinigt worden. Das entspricht 81,5 % der geplanten Jahresmenge.
 - Gebühreninkasso DNWAB: Per 31.10.2022 sind 10.887.960 € einkassiert worden. Das entspricht 107,1 % zum Plan.
Zugänge in der Verbrauchsabrechnung der DNWAB: Per 31.10.2022 sind 198 Zugänge im Trinkwasser- und 213 Zugänge im Schmutzwasserbereich zu verzeichnen.
Kostenersatz- und Beitragsbescheide KMS Zossen: Per 30.11.2022 sind 948 Bescheide in Höhe von 1.490.522,84 € erlassen worden.
- Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und die Entlastung der Verbandsvorsteherin
- Verwendung des Jahresergebnisses 2021:
 - Im Wirtschaftsjahr 2021 wurde ein Verlust von 1.270.913,39 € erwirtschaftet. Dieser Verlust wird auf die neue Rechnung vorgetragen.
- Gebührenkalkulation 2023 für die dezentrale Schmutzwasserbeseitigung:
 - Verbrauchsgebühr Schmutzwasser je halben Kubikmeter von derzeit 6,60 € auf 10,42 €, Klärschlamm je halben Kubikmeter von derzeit 24,79 € auf 30,99 €.

- Gebührenkalkulation 2023 für die Trinkwasserversorgung und zentrale Schmutzwasserversorgung:
 - Trinkwasser BZ netto von 1,41 € auf 2,08 € und NBZ netto von 1,87 € auf 2,59€, Grundgebühr gleichbleibend bei 3,00 € mtl.
 - Schmutzwasser BZ von 3,82 € auf 3,50 € und NBZ von 5,38 € auf 5,13 €, Grundgebühr gleichbleibend bei 8,00 € mtl.
 - In der Summe brutto Trinkwasser und Schmutzwasser BZ 5,72 € und NBZ 7,90 €
- Entsprechend wurden im weiteren Verlauf die Satzungen hierzu geändert.

Zu 7. Einwohnerfragestunde

Ein Bürger aus Rehagen erkundigt sich nach dem Vertreter der Gemeinde im Wasser- und Bodenverband, da der Grundwasserspiegel stetig sinkt und möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob bzw. welche Maßnahmen der Wasser- und Bodenverband zur Erhaltung bzw. Steigerung des Wasserspiegels ergreift.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass eine ähnliche Frage auch beim KMS aufkam. Hier sei jedoch zunächst zu klären, ob die Wasser- und Bodenverbände dafür überhaupt zuständig sind.

Der Bürgermeister ergänzt, dass er diese Information bzw. die Zuständigkeit erst in Erfahrung bringen müsse. Möglicherweise erfolge hier auch eine Klärung über die untere Wasserbehörde bzw. Naturschutzbehörde des Landkreises.

Die entsprechende Antwort solle dem Bürger sowie der Gemeindevertretung nachträglich schriftlich mitgeteilt werden.

Weiterhin berichtet der Bürger aus Rehagen, dass sämtliche Straßen in unseren Ortsteilen in der Nacht durchgängig beleuchtet sind. In anderen Gemeinden, wie z.B. Groß Schulzendorf sei die Beleuchtung von 2 bis 4 Uhr nachts ausgeschaltet, um Kosten einzusparen.

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass er die Straßenbeleuchtung ebenfalls abschalten könne, jedoch gebe es bereits Hinweise der Polizei, dass die Diebstahl- bzw. Einbruchsrates dadurch steigt. Möglicherweise könne man Laternen dimmen. Dies müsste man vorab überprüfen.

Ein Bürger aus Saalow möchte wissen, warum bei der Straßensanierung der „Alten Horstfelder Straße“ in Saalow nur ein Teil dieser Straße bis zur „Ganzwegstraße“ saniert wurde und nicht gleich die komplette Straße.

Der Teamleiter der Bauverwaltung kann die Frage nicht vor Ort beantworten. Auch diese Frage soll zur Klärung mit in die Verwaltung genommen und nachträglich schriftlich beantwortet werden.

Zu 8. BSV 166/36/2022 - Beschluss über die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den geprüften Jahresabschluss 2014

Aufgrund von Befangenheit verlässt der Bürgermeister das Gremium um 19:30 Uhr. Es sind nun 13 Gemeindevertreter anwesend.

Bevor man zu diesem Tagesordnungspunkt kommt, stellt der Vorsitzende der Fraktion UWG einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er spricht eine Rüge gegenüber dem Bürgermeister aus, da den Mitgliedern der Gemeindevertretung bisher noch kein Entwurf zur Haushaltssatzung 2023 vorgelegt wurde. Diese Rüge soll auch nicht weiter zur Diskussion stehen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kommt zurück zum aktuellen TOP und erklärt, dass die diese Beschlussvorlage aufgrund von damaligen Unstimmigkeiten in der Gemeindevertretung erneut zur Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen wurde und dort nun vorlag.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses erklärt, dass dieser eine erneute Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage empfohlen habe. Laut Aussage der Kommunalaufsicht müssen bei einer Nichtentlastung des Hauptverwaltungsbeamten konkrete Mängel vorliegen bz. festgestellt werden. Da dies nicht der Fall ist, wird eine Entlastung empfohlen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass er als neuer Gemeindevertreter aufgrund der fehlenden Unterlagen bzw. der abgelehnten Akteneinsicht in die damaligen Unterlagen keine Möglichkeit hatte, mögliche Mängel festzustellen bzw. den Jahresabschluss zu überprüfen. Die Kommunalaufsicht ist der Auffassung, dass die Mitglieder der Gemeindevertretung nicht die Sitzungsunterlagen bzw. Niederschriften der früheren Legislaturperioden einsehen dürfen, obwohl in dem Kommentar zur Kommunalverfassung etwas anderes stehe. Aus diesem Grund könne er diesem Beschluss nicht zustimmen.

Weiterhin fehle ihm der Beschluss zur Ergebnisverwendung des Jahresabschlusses der WVaM von 2014. Dieser liegt ebenfalls nicht vor.

Die Teamleiter der Kämmerei bestätigt, dass dieser Beschluss bereits früher durch die Gemeindevertretung gefasst wurde und vorliegt.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt in diesem Zusammenhang, dass dies den aktuellen Mitgliedern der Gemeindevertretung nicht zur Kenntnis gegeben wurde und deshalb für ihn nicht nachvollziehbar vorliege.

Der Vorsitzende der Fraktion UWG stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung zu diesem Beschluss.

Beschluss-Nr.: 395/38/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt gemäß § 82 Abs.4 BbgKVerf die uneingeschränkte Entlastung des Bürgermeisters für den geprüften Jahresabschluss 2014.

Abstimmungsverhältnis:

5 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen

angenommen

Ja-Stimmen: M. Tscherwinka, A. Thiele, J. Kruppa, I. Koch, B. Daske

Nein-Stimmen: A. Schuster, D. Pehnert, T. Kosicki, T. Boss

Enthaltungen: W. Borkowski, D. Porath, T. Janke, D. Schulze

Der Bürgermeister betritt das Gremium wieder um 19:37 Uhr.

Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Zu 9. (neu) BSV 178/38/2022 - Überplanmäßige Ausgabe - Kita-Erweiterungsbau Rehagen - Innenausstattung

Ein Mitglied der Fraktion UWG und zugleich Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses stellt fest, dass in der vorliegenden Beschlussvorlage die zweite Seite mit der Begründung bzw. der Zusammenstellung der Restbudgets fehlt. In den Sitzungsunterlagen im FW-Ausschuss ist sie noch vorhanden gewesen. Da es sich wahrscheinlich um einen Scan-Fehler seitens des Sitzungsdienstes handle, möge die vollständige Beschlussvorlage aufgrund der Nachvollziehbarkeit nachträglich über das Ratssystem nochmal der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss habe dieser Beschlussvorlage seine Zustimmung erteilt.

Ein Mitglied der Fraktion SPD folgt in diesem Falle der Meinung des FW-Ausschusses, obwohl die Begründung zur Beschlussvorlage nicht vorliegt. Weiterhin wünsche er sich für die Zukunft von der Bauverwaltung eine regelmäßige und detaillierte Gesamtkostenaufstellung zu den einzelnen laufenden Baumaßnahmen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bittet darum, dass die unvollständige Beschlussvorlage durch die Verwaltung kurzfristig ausgetauscht werde. Bei dem für die Maßnahme erforderlichen finan-

ziellen Mitteln handle es sich um Restmittel für eingeplante jedoch nicht verwendete GWGs (geringwertige Wirtschaftsgütern) aus den einzelnen Einrichtungen, welche sonst im Folgejahr verfallen würden. Es sei damit keine wichtige Investitionsmaßnahme gefährdet.

Beschluss-Nr.: 396/38/2022

Die Gemeindevertretung beschließt die überplanmäßige Ausgabe für den Kita-Neubau Rehagen in Höhe von 55.000 € gemäß § 70 I BbgKVerf. in Verbindung mit § 5 Nr. 3 Hausatzungsatzung der Gemeinde Am Mellensee.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Zu 10. (neu) BSV 179/38/2022 - Beschluss des überplanmäßigen Aufwands / Auszahlung für die Maßnahme I19-0037 Neubau eines Mehrfunktionshauses am Strandbad Mellensee

Ein Mitglied der Fraktion UWG und zugleich Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses erklärt, dass sich der FW-Ausschuss einstimmig für diesen Beschluss ausgesprochen habe jedoch mit der Änderung, dass die Kosten für den überplanmäßigen Aufwand vorbehaltlich des positiven Fördermittelbescheides durch die Fördermittelstelle auf 190 Tsd. Euro angepasst werden, da man mit Bewilligung des Fördermittelantrages eine 75%ige Förderung erhalte. Bei den 50 Tsd. Euro handle es sich nur um den Eigenanteil der Gemeinde. Deshalb müsse die Gesamtsumme für die Maßnahme im Beschluss hinterlegt werden.

Ein Mitglied der Fraktion SPD erklärt, dass hier ebenfalls die Einzelkostenaufstellung zu dieser Maßnahme in der Beschlussvorlage fehle. Man könne nicht im Detail nachvollziehen, was von dem Gesamtbudget bisher ausgegeben wurde und welche finanziellen Mittel noch zur Verfügung stehen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung antwortet, dass in der Beschlussvorlage die Gesamtkosten sowie die gebundenen Kosten der Maßnahme jedoch keine Detailaufstellung enthalten ist. Das aktuelle Restbudget reiche maximal noch für den Bodenbelag.

Ein Mitglied der Fraktion UWG ergänzt, dass man für die zukünftigen Bauvorhaben dringend empfehle, eine Auflistung der Einzelkosten zu führen (Kostenmanagementplan), um die Ausgaben im Zusammenhang mit dem eingeplanten Gesamtbudget besser im Überblick zu haben.

Beschluss-Nr.: 397/38/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Änderung des Beschlusstextes zur Beschlussvorlage 179/38/2022 wie folgt:

Die Gemeindevertretung beschließt den überplanmäßigen Aufwand / Auszahlung für die Maßnahme I19-0037 Neubau eines Mehrfunktionshauses am Strandbad in Mellensee in Höhe von 190.000,00 € vorbehaltlich der positiven Bescheidung durch die Fördermittelstelle.

Abstimmungsverhältnis:

13 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Beschluss-Nr.: 398/38/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt den überplanmäßigen Aufwand / Auszahlung für die Maßnahme I19-0037 Neubau eines Mehrfunktionshauses am Strandbad in Mellensee in Höhe von 190.000,00 € vorbehaltlich der positiven Bescheidung durch die Fördermittelstelle.

Abstimmungsverhältnis:

12 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Zu 11. (neu) BSV 177/38/2022 - 1. Änderung des Stellenplanes 2022

Der Bürgermeister bittet diesbezüglich um Beschluss durch die Gemeindevertretung, damit die Neubesetzung der dringend benötigten Stellen schnellstmöglich vollzogen werden könne. Aus der Anlage zum Beschluss müsse jedoch die Stelle des Klimamanagers herausgenommen werden, da sonst evtl. die gewünschten Fördermittel für diese Stelle in Gefahr sind. Man dürfe mit der Besetzung dieser Stelle nicht vor Bestätigung der Fördermittel durch die Fördermittelstelle beginnen. Diese müsse dann mit dem Stellenplan 2023 nachträglich aufgenommen werden.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erfragt, ob die Beantragung für die entsprechenden Fördermittel gleich zum 01.01.2023 erfolge.

Der Bürgermeister erklärt, dass ihm der aktuelle Sachstand zum Fördermittelantrag aufgrund von Erkrankung der zuständigen Mitarbeiterin nicht vorliege. Dies werde kurzfristig geklärt und die Beantragung schnellstmöglich erfolgen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE ergänzt, dass man sich ab dem 01.01.2023 in der vorläufigen Haushaltsführung befinde, da der Haushalt 2023 noch nicht beschlossen wurde. Wenn der neue Haushalt beschlossen wurde, müsse anschließend der Stellenplan 2023 nochmal geändert werden. Dies hänge jedoch von der Vorlage des neuen Haushaltsentwurfes 2023 ab. Dadurch verzögere sich die Neubesetzung dieser Stelle erheblich.

Der Bürgermeister erklärt, dass entsprechend den Fördermittelbedingungen mind. sechs Monate zwischen Antragstellung und Fördermittelbewilligung liegen. Erst mit Bewilligung könne die Stelle letztendlich besetzt werden. Laut Aussage der Fördermittelstelle könne man die Stelle frühestens drei Monate nach Antragstellung bewerben. Es findet eine weitere Diskussion statt.

Mitglieder der Gemeindevertretung bemängeln die unzureichende Beschriftung des Anhangs zur Beschlussvorlage, da diese dadurch nicht eindeutig erkennbar sei sowie die fehlende Wochenstundenangabe bei der Stelle „Bauhof / Feuerwehrgerätewart“. Diese Mängel sollen ebenfalls korrigiert werden.

Beschluss-Nr.: 399/38/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Änderung der Anlage zur Beschlussvorlage 177/38/2022 wie folgt:

- Ergänzung des Wortes „Anlage“ als Überschrift (Seite 1)
- Entfernung der Stelle Klimamanagement (Seite 2)
- Ergänzung der Wochenstunden (39 Std.) bei der Stelle Bauhof/Feuerwehrgerätewart (Seite 2)

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

Beschluss-Nr.: 400/38/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die 1. Änderung des Stellenplanes 2022 um die in der Anlage dieser Beschlussvorlage genannten Stellen.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

Zu 12. Antrag auf BSV - Konkretisierung des gefassten Beschlusses 384/36/2022 bzgl. der Stelle Klimamanager*in (SPD)

Ein Mitglied der Fraktion SPD und zugleich Einreicher des Antrages erklärt, dass er einen Hinweis von der Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes erhalten habe, dass der ursprünglich gefasste Beschluss 384/36/2022 bzgl. der Stelle Klimamanager*in aus den bereits genannten Gründen

nicht umsetzbar sei, da dadurch die Fördermittel evtl. nicht durch die Fördermittelstelle bewilligt werden. Aus diesem Grund erfolge hiermit eine Änderung dieses Beschlusses.

Beschluss-Nr.: 401/38/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt den Beschluss 384/36/2022 folgendermaßen abzuändern:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, Fördermittel für die befristete Einstellung eines Klimaschutzmanagers / einer Klimaschutzmanagerin zu beantragen und die Stelle nach Zusage der Fördermittelstelle unverzüglich in den Stellenplan aufzunehmen, auszu-schreiben und einzustellen.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Zu 13. Antrag auf BSV - Personalbedarf und Folgemaßnahmen (DIE LINKE / UWG)

Aufgrund der vorangegangenen Informationen aus dem Bericht des Bürgermeisters bzgl. der Stellenneubesetzung sowie der diesbezüglich laufenden Prozesse in der Verwaltung wird dieser Antrag auf BSV durch die einreichenden Fraktionen DIE LINKE und UWG von der Tagesordnung genommen.

Zu 14. Vorschläge der Gemeindevertretung Am Mellensee zu Prüfungsschwerpunkten für das Haushaltsjahr 2017 an das Rechnungsprüfungsamt Schlieben

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass sich diese Thematik relativ kurzfristig aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses ergeben habe. Da das Rechnungsprüfungsamt (RPA) nur der Gemeindevertretung verpflichtet ist, bestehe demzufolge die Möglichkeit, dem RPA Prüfungsschwerpunkte für die einzelnen Jahresabschlüsse vorzuschlagen. Zukünftig werde sich der Rechnungsprüfungsausschuss vorab mit dieser Frage auseinandersetzen. Aufgrund der Kurzfristigkeit erfolge die Beratung dazu ausnahmsweise in dieser Sitzung, da der Haushalt für das Jahr 2017 bis zum Ende 2022 eingereicht werden muss. Inwieweit die vorgeschlagenen Prüfungsschwerpunkte bei der Überprüfung Berücksichtigung finden, könne man jedoch nicht genau sagen, da das RPA wahrscheinlich einen eigenen Prüfalgorithmus habe.

Die Fraktion UWG schlägt folgende Prüfschwerpunkte vor:

- Prüfung aller Grundstücksverkäufe der WVaM auf Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Jahre 2015 bis 2017
- Prüfung der Vergabeausschreibung, Satzungsanpassung und Wirtschaftlichkeit bzgl. der Pflege der Friedhofsflächen

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE hinterfragt, ob die Prüfung der Grundstücksverkäufe der WVaM überhaupt Bestandteil der Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes ist, da die WVaM von einem Wirtschaftsprüfer geprüft wird und die Gemeinde es nur als Gesamtsumme in den Haushalt eingestellt.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass der Prüfbericht der WVaM als Anlage zu den Jahresabschlüssen der entsprechenden Jahre mit zur Prüfung beim RPA eingereicht wird.

Ein Mitglied der Fraktion UWG ergänzt, dass man damals keine Möglichkeit hatte, dem Wirtschaftsprüfer der WVaM Prüfaufträge zu erteilen. Deshalb solle dies jetzt im Rahmen der Rechnungsprüfung durch das RPA erfolgen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass dann auch die möglichen Grundstücksverkäufe der Gemeinde für diese Jahre mit überprüft werden sollten.

Folgende Prüfschwerpunkte werden nun durch die Gemeindevertretung festgelegt:

- Prüfung aller Grundstücksverkäufe der WVaM sowie der Gemeinde auf Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Jahre 2015 bis 2017
- Prüfung der Vergabeausschreibung, Satzungsanpassung und Wirtschaftlichkeit bzgl. der Pflege der Friedhofsflächen

Die Kämmerei möge die soeben festgelegten Prüfschwerpunkte zusammen mit den Unterlagen für das Jahr 2017 beim RPA einreichen.

Zu 15. MV 19/38/2022 - Stand des Haushaltsvollzuges zum 30.06.2022

Gemäß Abschnitt 1 des Kapitels 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sowie des § 29 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung ist die Gemeindevertretung mind. halbjährlich über den Stand des Haushaltsvollzuges zu unterrichten. Dieser Pflicht kommt die Teamleiterin der Kämmerei mit dieser Mitteilungsvorlage nebst beiliegender Berichterstattung über den Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 30.06.2022 nach.

Seitens der Mitglieder der Gemeindevertretung gibt es hierzu keine weiteren Fragen.

Zu 16. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Ein Mitglied der Fraktion UWG möchte von der Bauverwaltung wissen, ob es denn schon Hinweise zur Finanzierung des Flächennutzungsplanes (FNP) gebe. Es sollte durch die Verwaltung geprüft werden, ob die Nutznießer des neuen FNP evtl. an den Kosten für die Überarbeitung des FNP beteiligt werden können.

Der Bürgermeister verweist in diesem Zusammenhang zunächst auf den vorliegenden Ablehnungsbescheid durch die Fördermittelstelle.

Der Teamleiter der Bauverwaltung ergänzt, dass man eine entsprechende Kostenbeteiligung von Investoren wahrscheinlich im Zuge einer Folgekostenvereinbarung umsetzen könne, jedoch konnte dies noch nicht durch einen Anwalt rechtlich geprüft werden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bittet die Verwaltung darum, dass eine rechtliche Meinung eines Anwaltes bis zur kommenden Sitzung der Gemeindevertretung im Januar eingeholt und dies dann der Gemeindevertretung mitgeteilt wird.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum städtebaulichen Vertrag für die Agrargesellschaft Sperenberg bzgl. der Photovoltaikanlagen in Rehagen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass der städtebauliche Vertrag bereits vorliege und dieser bereits rechtsanwaltlich geprüft wurde. Der städtebauliche Vertrag werde Beratungsgegenstand in der nächsten Sitzung des Bauausschusses im Januar sein, so dass dieser dann anschließend in die Gemeindevertretung eingebracht werden könne, sofern der Bauausschuss keine Einwände habe. Es liege bisher noch kein Vorentwurf zur Planung vor. Diesbezüglich habe sich jedoch in der vergangenen Woche ein Planungsbüro mit der Bauverwaltung in Verbindung gesetzt, um eine entsprechende Zeitschiene zu erarbeiten.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt nach, ob es bzgl., der Kita-Hort-Kombi in Mellensee neue Erkenntnisse gebe.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass dies Thema im kommenden BSK-Ausschuss sei. Man habe die Informationen von LP Gesamtbau erhalten, dass dem Landkreis nun alle wesentlichen Unterlagen vorliegen und man nun der Erteilung einer Baugenehmigung rechne.

Der Bürgermeister kündigt weitere Informationen hierzu im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung an.

Zu 17. Sonstiges

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE gibt bekannt, dass es ein Schulungsangebot bzgl. der aktuellen Änderungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg für Gemeindevertreter gibt. Man möge sich bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung im Januar bzgl. einer möglichen Teilnahme Gedanken machen. Sie werde es in der nächsten Sitzung dann erneut ansprechen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beantragt die Anwesenheit sowie das Rederecht für den Teamleiter der Bauverwaltung Herrn Reetz zum TOP 03 und für die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes Frau Berkholz zu den TOPs 07 bis 12 des nichtöffentlichen Teils der Sitzung.

Beschluss-Nr.: 402/38/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Anwesenheit sowie das Rederecht für den Teamleiter der Bauverwaltung Herrn Reetz zum TOP 03 und für die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes Frau Berkholz zu den TOPs 07 bis 12 des nichtöffentlichen Teils der Sitzung.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schließt damit den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Gästen.

Am Mellensee, den 12.01.2023

M. Tscherwinka
Vors. d. Gemeindevertretung